



## ORTSRAT & INITIATIVE WOLLMATINGEN

Engagement für die Stadtteile der ehemals selbständigen Gemeinde Wollmatingen  
heute Wollmatingen, Fürstenberg, Industriegebiet

---

Text: Klara Trummer

### **Ergebnis der Gemeinderats-Sitzung am 21.11.2024:**

Abstimmung:

1. CDU Antrag gesamthaft, alle 4 Punkte gemeinsam, abgestimmt:

10 Ja (CDU, LLK und FDP), 27 Nein mit OB, 0 Enthaltungen bei 37 Stimmberechtigten

2. Alternativer Antrag der Verwaltung (geändert durch FW mit Streichung der Worte "Bezirksrat und Ortschaftsrat"):

27 Ja mit OB und 10 Nein (CDU, LLK und FDP)

Trotz langer Diskussionen wurden die anwesenden Bürger nie in die Debatte mit einbezogen, weder in der 3-stündigen Vorberatung im Haupt-, Finanz- und Kulturausschuss (HFK) noch im Gemeinderat. Die Bürger durften nur brav zuhören, nichts dazu beitragen, auch selbst wenn abstruse Behauptungen aufgestellt wurden. Ganz im Gegenteil nach einer einzigen deutlichen Unmutsäußerung wurden die Zuhörer sogleich ermahnt, ruhig zu sein.

Beschlossen wurde somit:

1. *in einem ersten Schritt die verschiedenen Konzepte zu Mitwirkungsrechten von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere in Bezug auf einzelne Stadtteile, darzustellen und gegeneinander abzuwägen (z.B. \_\_\_\_\_ BürgerInnenrat, Bürgerdialog, Bürgerpanel usw.).*
2. *Das Ergebnis dieser Abwägung wird dem HFK am 08.04.2025 vorgelegt, um dort ggfs. einen Prüfauftrag für eine Variante zu erteilen.*

Wir dagegen hatten die Prüfung der Einrichtung eines Ortschaftsrats, einer Ortsverwaltung und einer Ortsverfassung mit dem Antrag der CDU beantragt. Weiter wurde von uns beantragt, als Übergangslösung bis zu den nächsten Kommunalwahlen im Jahre 2029 für Wollmatingen einen Bezirksrat und eine Bezirksverwaltung einzurichten, da dafür die rechtlichen Voraussetzungen heute schon gegeben sind.

Die Einrichtung einer Ostverfassung usw. bei räumlich nicht getrennten Ortsteilen ist nicht direkt in der Gemeindeordnung aufgeführt, jedoch lässt sich das mit gutem Willen für Wollmatingen zu mindestens ordentlich prüfen, so wie beantragt und ggfs. einrichten, da die Zwangseingemeindung durch die Nazis eine Ausnahme (lt. Kommentar der Gemeindeordnung) von der erforderlichen räumlichen Trennung rechtfertigen kann. Daher wurde auch nicht sofort ein Ortschaftsrat usw. einzurichten beantragt, sondern primär dies zu prüfen. Nach unserer Auffassung war der CDU-Antrag angemessen formuliert und entspricht den rechtlichen Voraussetzungen der derzeit gültigen Gemeindeordnung.



## ORTSRAT & INITIATIVE WOLLMATINGEN

Engagement für die Stadtteile der ehemals selbständigen Gemeinde Wollmatingen heute Wollmatingen, Fürstenberg, Industriegebiet

---

In den Diskussionen wurden Behauptungen und Rechnungen aufgestellt, die doch ziemlich erstaunten. Dass es Millionen kosten würde, wurde bereits in der HFK Sitzung geäußert und im Südkurier am Tag der Gemeinderatssitzung eine entsprechende Rechnung aufgemacht. Ferner wurde behauptet, es würden nicht alle Wollmatinger hinter diesem Antrag stehen, sondern nur die aus dem Ortskern. Auch seien nur diese im Zuschauerraum anwesend. Wer da saß, traute seinen Ohren nicht und dachte wo wohne ich denn.

In Summe hat man als Bürger von Wollmatingen das Gefühl, weder die Verwaltung noch große Teile des Stadtrates haben ein Interesse daran, mehr Rechte den Wollmatingern einzuräumen. Dabei ist beispielsweise in der öffentlich zugänglichen Kommentierung zur Gemeindeordnung von Sachsen zu lesen, dass *mit der Möglichkeit, eine Ortschaftsverfassung einzuführen, die mit den Gemeindegemeinschaften verloren gegangene örtliche demokratische Substanz mit der Möglichkeit eigenverantwortlicher bürgerschaftlicher Verwaltung in der engeren örtlichen Gemeinschaft in gewissem Umfang wieder ausgeglichen werden soll. Genutzt werden sollen die besonderen Ortskenntnisse, die eine sachgerechte Berücksichtigung der örtlichen Belange ermöglichen und eine bürgernahe Verwaltung gewährleisten sollen.*

Diese Argumente sollten nicht nur in Sachsen Beachtung finden.

Bürgerbeteiligungen in den vorgenannten, von der Verwaltung vorgeschlagen und dem Rat beschlossenen Formaten gibt es längst und werden von der Verwaltung in verschiedenen Bereichen praktiziert. Die Mitwirkungsrechte dabei sind aus Sicht der Bürgerschaft aber schwach, da die Themen und das jeweilige Format stets von der Verwaltung gesteuert und vorgegeben wird.

Als negatives aktuelles Beispiel hier: Die Zerstörung der Ortsmitte von Wollmatingen. Diese Vorgehensweise der Verwaltung hat deutlich aufgezeigt, dass diese Art der Mitwirkung, die nur einseitig von der Verwaltung gesteuert wird, nicht hinnehmbar ist. Wenn keine Beteiligung gewollt ist, seitens der Verwaltung, wird hinter verschlossenen Türen gehandelt. Die Bürger wurden bei diesem Vorgehen trotz des sehr sensiblen Bereichs, ihrer Ortsmitte, der ortsbildprägenden Gebäude und Funktionen weder rechtzeitig über die drohende Veränderung informiert noch beteiligt. Der Abbruch und Neubau wurde in mehreren nicht öffentlichen Sitzungen behandelt und besiegelt und erst danach wurde dann sogar eher widerwillig ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet, wahrscheinlich weil genau das eine Mitwirkung vorschreibt. In unseren Ortsteilen wäre so ein Vorgehen nicht möglich gewesen, da dort die Ortsverwaltung Kenntnis von Bauanträgen erhält und in der Ortschaftsratssitzung darüber gesprochen wird (siehe Tagesordnungen der verschiedenen Ortschaftsratssitzungen). Daher wurde von uns ein Ortschaftsrat und eine Ortsverwaltung beantragt.

Keine Stadt oder Gemeinde, keine Ortsverwaltung würde so mit ihrem Dorfkern umgehen.

Die Stadtverwaltung Konstanz hält sich weder an Zusagen noch an Absprachen und wie Mitwirkungsrechte der Bürger von Wollmatingen in der Realität gehandhabt werden, zeigt das erlebte Beispiel der Ortsmitte.



## ORTSRAT & INITIATIVE WOLLMATINGEN

Engagement für die Stadtteile der ehemals selbständigen Gemeinde Wollmatingen heute Wollmatingen, Fürstenberg, Industriegebiet

---

Gemeinderatssitzung am Donnerstag, den 21.11.2024, ab 16.00 h wieder im Ratssaal in der Kanzleistraße.

Wer möchte kann hingehen, oder nach ca. 1 Stunde von zuhause aus den Podcast sich ansehen. Wie wir in der letzten Sitzung erfahren mussten, gibt es wohl einen Ratsbeschluss, dass die Anwesenheit von vielen Bürgern und hundertfachen Unterschriften für die Entscheidungen nicht gewertet werden dürfe, so die SPD. Was soll man davon halten?

Um so mehr danken wir der CDU und der LLK für ihren sehr, sehr starken Einsatz in unserem Sinne.